

2,2 Millionen Euro für den Landkreis

Bund fördert Investitionen

Landkreis. Der Landkreis Nienburg erhält eine Millionen-Spritze vom Bund. Möglich macht das das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen. Nach Angaben des SPD-Landtagsabgeordneten Grant Hendrik Tonne fließt eine Investitionssumme von 2,2 Millionen Euro bei einem Eigenanteil von 216 000 Euro.

Die Kommunen im Landkreis Nienburg erhalten demnach zusätzliche Investitionssummen bei einem Eigenanteil wie folgt: Samtgemeinde Liebenau 116 000 Euro (7700 Euro Eigenanteil), Samtgemeinde Mittelweser 236 000 Euro (18 000 Euro Eigenanteil), Stadt Rehburg-Loccum 151 000 Euro (11 000 Euro Eigenanteil), Flecken Steyerberg 76 300 Euro (10 000 Euro Eigenanteil), Samtgemeinde Uchte 209 000 Euro (22 000 Euro Eigenanteil), Samtgemeinde Grafenschaft Hoya 230 500 Euro (24 500 Euro Eigenanteil), Samtgemeinde Heemsen 85 000 Euro (5500 Euro Eigenanteil), Samtgemeinde Marklohe 102 000 Euro (8000 Euro Eigenanteil), Stadt Nienburg 707 000 Euro (68 000 Euro Eigenanteil) sowie die Samtgemeinde Steimbke 101 000 Euro (9500 Euro Eigenanteil).

Am 12. Juni wurde im Bundesrat das Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen vorgelegt und beschlossen, hiernach erhalten die Länder 3,5 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen des Bundes. Auf Niedersachsen entfallen somit ungefähr 327 Millionen Euro, welche durch das Land an die Niedersächsischen Kommunen verteilt und weitergeleitet werden müssen.

Erforderlich hierfür ist ein Landesgesetz, welches am Dienstag vom Kabinett auf den Weg gebracht worden ist. „Ich begrüße das zügige Vorgehen der Landesregierung, welche bereits jetzt den Entwurf für ein Niedersächsisches Kommunalinvestitionsfördergesetz auf den Weg bringt, damit die Gelder schnellstmöglich an die Kommunen weitergeleitet werden können“, erläuterte der heimische Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Grant Hendrik Tonne.

Nach dem Vorschlag der Landesregierung sollen die vorgegebenen Finanzmittel je hälftig auf die Kreis- und hälftig auf die Gemeindeebene verteilt wer-

den. Die Verteilung erfolge jeweils zu einem Drittel anhand der Kriterien Einwohner, Arbeitslosenquote und Kassenkreditbestand. „Somit ist sichergestellt, dass finanzschwache Kommunen mehr erhalten als finanzstärkere Kommunen. Das ist eine Frage der gerechten Verteilung“, unterstrich Tonne.

Nach dem vorgelegten Gesetz gelten Kommunen nur dann als nicht finanzschwach, wenn sie zwischen den Jahren 2011 und 2013 drei Jahre in Folge abundant gewesen sind.

Tonne begrüßt ebenso, dass das Gesetz eine Spreizung bei der Aufbringung des Eigenanteils von fünf bis fünfzehn Prozent vorsieht. So könne gewährleistet werden, dass finanzschwache Kommunen einen noch geringeren Eigenanteil als die vom Bund geforderten zehn Prozent zu leisten haben.

Das Land Niedersachsen übernehme alle Förderbereiche des Bundes. Dieses sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Klimaschutz und Konversion. Darüber hinaus gäbe es auch den Förderbereich Breitband, wenn es sich um ländlichen Raum handle. Hier schlägt Niedersachsen vor, in Anlehnung an die Definition aus dem ELER Programm, das als ländlicher Raum das gesamte Landesgebiet außerhalb von Städten oder Gemeinden mit 75 000 oder mehr Einwohnerinnen und Einwohnern angesehen wird.

„Damit sind die grundlegenden Voraussetzungen für eine zügige und unbürokratische Verteilung der Gelder an die Kommunen gewährleistet. Die Bundesmittel werden als Investitionspauschale in Form eines Budgets weitergeleitet. Somit haben unsere Kommunen größtmögliche Flexibilität“,

zeigte sich Tonne erfreut.

„Mit diesem Gesetz leitet Rot-Grün zügig die Investitionsmittel des Bundes an die Kommunen in Höhe von 327 Millionen Euro weiter. Zusätzlich entlasten wir die Kommunen durch den ebenfalls heute auf den Weg gebrachten Nachtragshaushalt 2015 um 120 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln um Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen auszugleichen. Insgesamt bewegt Rot-Grün fast eine halbe Milliarde Euro in Richtung Kommunen“, sagte der Grüne Landtagsabgeordnete Helge Limburg. DH

Grant Hendrik Tonne, MdL
Pressedokumentation
Die Harke – 8. Lokalseite
25.06.2015

